

Arbeitspapier des NSU-Arbeitskreises der Jenaer Zivilgesellschaft



Jena und der NSU-Komplex

Eine stadtgemeinschaftliche
Auseinandersetzung in Etappen

www.kein-schlussstrich.de
symposium@jena.de

„Kein Schlussstrich – wie weiter?“

Von Mai bis November 2021 fanden in Jena zahlreiche Veranstaltungen unter der Überschrift „Jena und der NSU-Komplex“ statt, die „eine stadtgemeinschaftliche Auseinandersetzung“ zum Gegenstand hatten. Der Titel war die verbindende Forderung: Kein Schlussstrich!

Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Gruppen und zivilgesellschaftlichen Handelns waren im Oktober 2020 zu einer ersten Diskussion dazu eingeladen. Im Ergebnis wurde ein Arbeitskreis gebildet, der zur grundsätzlichen Idee und den geplanten Veranstaltungen diskutierte und sie teilweise begleitete. Dazu wurde auch ein gemeinsames Papier erarbeitet, in dem die von den Beteiligten gewünschten Schwerpunkte und Ziele ebenso formuliert wurden wie gewünschte Beschränkungen: Veranstaltungen aus rechter Perspektive beispielsweise wurden abgelehnt, ebenso kritiklose Podien für in den NSU-Komplex verwickelte Institutionen wie Polizei und Verfassungsschutz. Veranstalter*innen und Beteiligte wurden aufgerufen, Forderungen an Stadtgesellschaft und Stadtpolitik zu formulieren.

Wichtig ist auch, dass einige Akteur*innen und Gruppen der Zivilgesellschaft sich bewusst nicht am Arbeitskreis und am „offiziellen“ Programm beteiligten. Teilweise organisierten sie Veranstaltungen zum Thema außerhalb des „offiziellen“ Programms oder meldeten sich mit sonstigen Interventionen zu Wort. Auch ihre Argumente sind für die weitere Debatte wichtig. Die Veranstaltungen fanden inmitten der Corona-Pandemie statt. Öffentliche Veranstaltungen waren zumindest zum Teil beschränkt, potentielle Besucher*innen von der allgegenwärtigen Infektionsgefahr verunsichert oder abgeschreckt. Dies bedenkend muss im Ergebnis der Veranstaltungen festgehalten werden:

- es ist gelungen ein vielfältiges, in seiner Gesamtheit auch differenziertes und kritisches Diskursangebot zu organisieren. Es ist ebenfalls gelungen, bundesweit unterschiedliche Akteur*innen und Sichtweisen zusammen zu bringen. Das meint sowohl die innerhalb des „offiziellen“ Programms als auch die außerhalb dessen stattgefundenen Veranstaltungen
- dieser Diskurs wurde aus sehr verschiedenen Perspektiven angeboten: Bildung und Wissenschaft, Sozialarbeit, Kultur und (Teile der) aktiven Zivilgesellschaft
- es ist nicht gelungen, diejenigen anzusprechen und zum Diskurs zu gewinnen, von deren Handeln der stadtgemeinschaftliche Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus auch abhängen wird: Stadtpolitik und Stadtverwaltung, Polizei und Medien.
- es ist mit der Veranstaltungsreihe ebenfalls nicht gelungen, Menschen weit über den Kreis der ohnehin Interessierten oder Engagierten hinaus anzusprechen. In aller Regel kannten sich Teilnehmer*innen an den Veranstaltungen bereits aus früheren Aktivitäten.

JENA LICHTSTADT.

jena KULTUR
Kultur.Tourismus.Marketing.

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

IDZ INSTITUT FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

LICHT INS DUNKEL e.V.

Gefördert vom
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie **Leben!**

NEU START KULTUR

bbp
Bundeszentrale für politische Bildung

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Gefördert durch:
Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Bundesministerium für Bildung und Forschung

FONDS SOZIOKULTUR

360°
KULTURFONDUS BUNDES

30 Jahre
Bildung für Demokratie
1991-2021
Landeszentrale für politische Bildung Thüringen

LANDTAGSTHEATERSTIFTUNG FÜR DEMOKRATIE JENA

denk | leu | ni | t

Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Freistaat Thüringen
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Ernst Abbe Stiftung

stadtwerke jena

- schließlich ist es auch nicht gelungen, für die verschiedenen Podien migrantisierte Gruppen zu gewinnen. Daher blieb es entgegen der erklärten Absicht weitgehend bei einem Sprechen über die von Rassismus Betroffenen statt ihres eigenen Sprechens oder das mit ihnen. Ebenfalls überwog auf vielen Podien eine westdeutsche Perspektive, die ostdeutsche blieb so im Hintergrund.

Somit bleibt die Aufgabe zur weiteren Diskussion und die Einladung dazu an alle: Was heißt „Kein Schlusstrich“ nun in Zukunft? Wie können mehr Menschen dazu animiert werden, Empathie für Opfer zu zeigen, sich gegen Rassismus und gegen Nazis zu engagieren? Was bedeutet das für das künftige Handeln der Stadtpolitik und der Stadtgesellschaft? An wen sind die Vorschläge und Forderungen aus der Veranstaltungsreihe gerichtet oder zu adressieren, kurzum: Was nun? Dazu wurden in den Veranstaltungen Ideen und konkrete Vorschläge entwickelt, von denen hier einige (etwas operationalisiert) wiedergegeben werden. Sie sollen zunächst am Runden Tisch diskutiert werden, dann in städtisches und zivilgesellschaftliches Handeln einfließen, um dem Anspruch „Kein Schlusstrich!“ nachzukommen:

1. Die Täter*innen und ein wichtiger Teil ihres Unterstützungsnetzwerks stammen aus Jena, gerade deshalb ist es wichtig, dass hier auch die Opfer gegenwärtig sind, ihre Namen genannt und gekannt werden - nicht nur einmal im Jahr, sondern täglich - lebendig, würdigend und mit Fragen an unser gegenwärtiges Miteinander. Ein Platz und eine Haltestelle mit dem Namen eines der Opfer reichten nicht aus. Vorgeschlagen werden weitere Benennungen von Plätzen, Straßen, möglicherweise auch anderen markanten Punkten im öffentlichen Raum im Gedenken an die Opfer unter Einbeziehung der Angehörigen als Teil einer Gedenkkultur. Bemängelt wird das Fehlen eines strukturierten städtischen Gedenkkonzeptes, das in kritischer Diskussion zwischen Zivilgesellschaft und Stadtpolitik entsteht. Daran zu arbeiten ist Aufgabe von Kokont, des Runden Tisches und anderer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, die zur Mitarbeit eingeladen werden.
2. In Jena soll eine lokale Forschungs-, Bildungs- und Dokumentationsstätte als Lern- und Erinnerungsort zum NSU-Komplex und den Kontinuitäten rechten Terrors und rassistischer Gewalt geschaffen werden. Dazu ist die enge Zusammenarbeit mit den Opfern rechter und rassistischer Gewalt ebenso gefordert wie mit parallelen Initiativen in Sachsen und anderen Städten, in denen rechtsextreme und rassistische Tattaten verübt wurden. Damit soll in Jena ein Bildungsprogramm auf Dauer gestellt werden, das über Umfeld und Taten des NSU aufklärt, dabei die Opfer in den Mittelpunkt stellt und rassistisch-kritisch Gegenwart und eigenes Handeln in den Blick nimmt. Teil davon könnte ein jährlicher Projekttag sein, an dem alle Schüler*innen ab Klassenstufe 8 teilnehmen. Regelmäßige Geschichtswerkstätten und kritische Stadtrundgänge könnten ein wichtiger Baustein sein.
3. Die Stadt Jena hat sich dem 10-Punkte-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa verpflichtet. Breit angelegte Sensibilisierungs- und Weiterbildungsveranstaltungen sollen für Mitarbeitende von Stadtverwaltung und städtischen Eigenbetrieben verpflichtend angeboten werden.
4. Die bundesweiten Aktivitäten „Kein Schlusstrich!“ haben die Städte der Täter*innen und der Opfer in Verbindung gebracht. Daraus soll ein dauerhaftes Verhältnis erwachsen, das nicht auf die Stadtpolitik und -verwaltung beschränkt werden darf. Die Städte sind aufgefordert, einen regelmäßigen Austausch ihrer Zivilgesellschaften zu ermöglichen und zu finanzieren, um gemeinsame Aktivitäten gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu ermöglichen. Die Zivilgesellschaft ist aufgefordert, auf dieser Grundlage Räume zu schaf-

fen, die eine migrantische/postmigrantische und explizit rassismuskritische Perspektive in den Mittelpunkt stellen.

5. Die Forderung nach lückenloser Aufklärung auf lokaler Ebene heißt auch: Die Dokumente des Jugendamtes mit Bezug zur akzeptierenden städtischen Jugendarbeit der neunziger Jahre müssen für die historische und fachliche Forschung zugänglich gemacht werden.
6. Nach den Erfahrungen mit der akzeptierenden Jugendarbeit der neunziger Jahre besteht ein besonderer Anspruch an die soziale Arbeit in Jena: Der aktuelle Stand sozialwissenschaftlicher und pädagogischer Theorie muss Anwendung in der gegenwärtigen Praxis finden. Dazu gehören Diversitätssensibilität und klare Haltung gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Die Jugendarbeit in Jena muss einen besonderen Fokus auf marginalisierte Gruppen legen, muss geschützte Orte schaffen und auch migrantische Sozialarbeiter*innen / Pädagog*innen beschäftigen.
7. Die Stadt Jena ist aufgefordert, eine dauerhafte Finanzierung selbstverwalteter migrantischer Orte und Programme sowie des (überarbeiteten) Stadtprogramms gegen Rassismus, Antisemitismus, sicherzustellen, ebenso die auch finanzielle Unterstützung vorhandener und neuer soziokultureller Räume.

Wir haben hier versucht, die Forderungen und Ideen zu bündeln, die im Rahmen der Veranstaltungsreihe entstanden sind. Nun sind andere Akteur*innen und Gruppen zur weiteren Diskussion und vor allem zur Umsetzung aufgefordert. Insbesondere sind dies der Runde Tisch und Kokont, die Fraktionen im Stadtrat und einzelne Stadträt*innen sowie der Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung. Auch Universität und Ernst-Abbe-Hochschule haben hier Verantwortung. Wichtig ist nun, eine konkrete inhaltliche und zeitliche Planung zur Umsetzung zu entwickeln und anzugehen.

Auch in Zukunft kann die enge Kooperation mit anderen Städten ein wichtiger Impulsgeber sein, auch im Hinblick auf die Stärkung solidarischer communities.

Postskriptum: Zu unserer Überraschung spielt das Thema des institutionellen Rassismus in der Dokumentation der Veranstaltungsreihe keine Rolle. Was heißt das für die Veranstaltungsreihe? Und was heißt das für die künftige Einbeziehung der von Rassismus betroffenen Menschen?